

David Weiss

Dolmetschen als Menschenrecht? Eine Erhebung zur Translationskultur im Justizbereich auf lokaler Ebene

Die für den GEWI-PREIS FÜR ABSCHLUSSARBEITEN eingereichte Masterarbeit befasst sich mit dem Thema Gerichtsdolmetschen und Translationskultur im Justizbereich. Globale Phänomene wie verstärkte Flucht- und Migrationsbewegungen sowie berufliche und private Mobilität führen dazu, dass sich vermehrt Personen – dauerhaft oder vorübergehend – in Ländern bzw. Regionen aufhalten, deren Amtssprache(n) sie nicht oder nur teilweise beherrschen. Die sprachliche Zusammensetzung von Gesellschaften ist somit von Diversität geprägt und die sprachliche Verständigung, ein Grundpfeiler menschlicher Interaktion, entwickelt sich zu einer höchst komplexen Angelegenheit. Besonders deutlich wird dieser Umstand in Bereichen, in denen Sprache als Voraussetzung für die Wahrnehmung demokratischer Rechte bzw. für den Zugang zum Recht zu betrachten ist. Der Kontakt von Bürgerinnen und Bürgern mit staatlichen Autoritäten, Behörden und Institutionen birgt per se Machtasymmetrien in sich – für fremdsprachige Personen verstärken sich diese durch die Unmöglichkeit bzw. erschwerten Umstände der sprachlichen Kommunikation. Der Schlüssel zur erfolgreichen Verständigung ist in diesen Fällen häufig Translation, die in ihren Erscheinungsformen des Übersetzens und Dolmetschens als höchst relevante Tätigkeit zur Gleichstellung aller Bürgerinnen und Bürger und zur Aufrechterhaltung des Rechtsstaates betrachtet werden kann.

Besonders deutlich kommt dies im Kontext des Gerichtsdolmetschens zum Ausdruck. Justizinstitutionen sind zur Garantie eines fairen, rechtsstaatlichen Verfahrens mit fremdsprachigen Beteiligten in hohem Maße auf die Tätigkeit von Dolmetscherinnen und Dolmetschern angewiesen. Das Recht auf unentgeltliche Beiziehung eines Dolmetschers oder einer Dolmetscherin ist für fremdsprachige Angeklagte bereits in Artikel 6 der Europäischen Menschenrechtskonvention verankert und wurde in den vergangenen Jahrzehnten auf inter- bzw. supranationaler Ebene (z.B. UN-Sozialpakt, EU-Richtlinie 2010/64/EU) sowie weiterführend in der nationalen Gesetzgebung gestärkt. Obwohl diese Entwicklungen zu einheitlicheren supranationalen Normen und Standards führten, zeigt sich in der Aufarbeitung des Feldes häufig, dass sich die nationalen bzw. lokalen Praktiken stark voneinander unterscheiden. Überdies wird sowohl aus der Praxis als auch im Zuge translations- oder rechtswissenschaftlicher Arbeiten konstatiert, dass im Gerichtssaal als translatorisches Handlungsfeld große Herausforderungen zu bewältigen sind bzw. zum Teil massive Probleme beobachtet werden. Diese reichen von konkreten berufspraktischen Faktoren wie Arbeitsbedingungen (Bezahlung,

Vorbereitung auf den Einsatz etc.) oder dem Einsatz von bzw. Angebot an qualifizierten Dolmetscherinnen und Dolmetschern bis hin zu abstrakteren Punkten wie z.B. dem Verständnis über die Rolle der Dolmetscherinnen und Dolmetscher, der Verantwortung für das Gelingen translationsgestützter Kommunikation, allgemeinen Einstellungen zum Thema Mehrsprachigkeit bei Gericht oder dem Stellenwert von Translation als Faktor zur Verwirklichung des Rechts auf ein faires Verfahren. Eine suboptimale oder gar mangelhafte Dolmetschleistung bei Gericht kann jedoch weitreichende Konsequenzen nach sich ziehen. Neben einem erhöhten Risiko für kostspielige Berufungsverfahren für die Justiz kann die korrekte Urteilsfindung darunter leiden, was unter Umständen fatale Auswirkungen auf den weiteren Lebensweg betroffener fremdsprachiger Personen haben kann. Nicht zuletzt wird ohne qualitativ hochwertige Dolmetschleistungen die rechtsstaatliche Verpflichtung der Justiz, allen Beschuldigten ein menschenrechtskonformes, faires Verfahren zu gewährleisten bzw. denselben Zugang zum Recht für alle Personen – unabhängig von Herkunft und Sprache – zu garantieren, erschwert.

Die Masterarbeit widmet sich dieser Thematik und betrachtet sie aus der Perspektive justizieller Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger. Als theoretische Grundlagen fungieren das Konzept der Translationskultur bzw. weiterführend das Idealmodell einer demokratischen Translationskultur, welche von Erich Prunč über mehrere Jahrzehnte im Rahmen seiner Tätigkeit am Institut für Theoretische und Angewandte Translationswissenschaft der Karl-Franzens-Universität in Graz erarbeitet wurden. Die Masterarbeit knüpft somit an die ‚institutseigene‘ translationswissenschaftliche Forschungstradition an und unternimmt den Versuch, diese in einem kontemporären Kontext fortzuführen. Durch seine Vielschichtigkeit eignet sich dieses Konzept mit seiner Terminologie als fruchtbare Grundlage für die umfassende Analyse komplexer translatorischer Handlungsfelder. Als solches ist auch das Gerichtsdolmetschen zu betrachten, das vom Einfluss der verschiedenen beteiligten Handlungspartnerinnen und Handlungspartner auf die Interaktion im Gerichtssaal und von stark ausgeprägten Machtstrukturen und -asymmetrien zwischen den institutionellen Akteurinnen und Akteuren, den Bürgerinnen und Bürgern, die mit der Institution in Kontakt treten, und nicht zuletzt den Dolmetscherinnen und Dolmetschern als extern hinzugezogene Akteurinnen und Akteure geprägt ist. Durch den Fokus auf jene Handlungspartnerinnen und Handlungspartner mit dem größten institutionellen Machtpotential im justiziellen Kontext – Richterinnen und Richter sowie eine Staatsanwältin, die zusätzlich Führungspositionen in ihren Institutionen bekleiden – bietet die in der Masterarbeit durchgeführte qualitative Interviewstudie umfangreiche Einblicke in deren Einstellungen, Erwartungshaltungen, Anforderungen, Wertvorstellungen oder habitualisierte Verhaltensmuster in Bezug auf das Gerichtsdolmetschen. Diese können aufgrund des Steuerungspotentials, das der Position der interviewten Personen inhärent ist, als wesentlicher Faktor für die Konstruktion der Translationskultur im justiziellen Feld und somit als

Determinanten für die Realisierungsbedingungen und somit für die Qualität des Dolmetschens im Gerichtssaal betrachtet werden. Die Erkenntnisse der Masterarbeit schaffen darüber hinaus Anknüpfungspunkte für zukünftige Forschung und zeigen die Notwendigkeit auf, verstärkt interdisziplinäre wissenschaftliche Zugänge zu forcieren sowie die Kooperation zwischen den beteiligten Berufsgruppen (Translations- und Rechtsberufe) in den Fokus zu nehmen, um die Kriterien für ein effizientes und menschenrechtskonformes translatorisches Handeln im Gerichtssaal wissenschaftlich fundiert zu erarbeiten. Das Modell der demokratischen Translationskultur bietet hierfür einen vielversprechenden Rahmen, da ihre Prinzipien – *Kooperativität* der Handlungspartnerinnen und Handlungspartner, deren reziproke *Loyalität*, *Transparenz* der translatorischen Entscheidungen und *Ökologizität* der translatorischen Handlung – gerade im justiziellen Kontext als grundlegende Ausgangspunkte zur Förderung eines effizienten und qualitativ hochwertigen translatorischen Handelns dienlich sein können. Die Ergebnisse der Masterarbeit können auch als Anstoß zu verstärkter Forschung im Themenbereich Translation und Justiz auf der lokalen Ebene bzw. auf Ebene der individuellen Institutionen betrachtet werden, da zum Teil signifikante Unterschiede in der Umsetzung rechtlicher Normen sowie in den praktischen Realisierungsbedingungen von Translation zwischen den Institutionen festgestellt werden konnten. Dadurch wird verdeutlicht, dass der Schlüssel zur vollständigen Verwirklichung translatorischer Menschenrechte – wie auch in zahlreichen anderen menschenrechtlichen Kontexten – die lokale Ebene ist, die komplementär zu globalen Menschenrechtsnormen stärker in den Fokus gerückt werden sollte.

Auf gesellschaftlicher Ebene liegt die Relevanz der Arbeit zunächst in ihrem Beitrag zur Förderung fairer Gerichtsverfahren, die einen Grundpfeiler demokratischer Gesellschaften in einem Rechtsstaat darstellen. Überdies ist im Hinblick auf Migrationsbewegungen zu bedenken, dass das Vertrauen von Migrantinnen und Migranten in die Institutionen des Aufnahme- bzw. Zielstaates als wichtige Voraussetzung für erfolgreiche Integration zu betrachten sein kann – nicht zuletzt, da dieses Vertrauen im Falle von fluchtbedingter Migration durch Willkür und mangelnde Rechtsstaatlichkeit ebenjener Institutionen im Herkunftsstaat häufig erschüttert wurde. Die Sicherstellung des Zugangs zum Recht für alle Personen, unabhängig ihrer Sprache und Herkunft, kann als Beitrag zur Stärkung dieses Vertrauens betrachtet werden. Auch für Personen, die aus Gründen beruflicher oder privater Mobilität migrieren, ist der Zugang zum Recht bzw. das faire Verfahren im Falle einer Strafanklage natürlich wesentlich. Translation ist jedoch nicht nur in Strafverfahren für die Wahrung der Rechte von Angeklagten, Opfern oder Zeuginnen und Zeugen relevant, auch in Zivilverfahren müssen in einer globalisierten und vernetzten Welt sprachliche Barrieren überwunden werden – wenn auch quantitativ betrachtet bisher in geringerem Ausmaß, wie die Ergebnisse der Masterarbeit erkennen lassen. Translation stellt auch hier den bereits erwähnten gleichberechtigten Zugang zum Recht für

Bürgerinnen und Bürger sicher, unabhängig davon, ob es sich um Nachbarschaftsstreitigkeiten oder große Wirtschaftsverfahren handelt.

Zusammenfassend ist zu sagen, dass die Masterarbeit eine Problemstellung behandelt, der zwar von der translationswissenschaftlichen Forschung der vergangenen Jahrzehnte immer stärkere Aufmerksamkeit gewidmet wurde, die jedoch sowohl auf wissenschaftlicher als auch auf praktischer Ebene umfassender weiterer Entwicklungen bedarf, um aktuellen und zukünftigen gesellschaftlichen Herausforderungen gerecht zu werden. Eine sprachlich diversifizierte Gesellschaft benötigt Institutionen, die ihrer Diversität gewachsen sind – Translatorinnen und Translatoren nehmen hierbei als Brückenbauerinnen und Brückenbauer zwischen Sprachen und Kulturen eine Schlüsselrolle ein. Die Realisierungsbedingungen von Translation, die Herausbildung spezifischer Translationskulturen, wie beispielsweise im Justizbereich, und die Rolle von Translation zur Verwirklichung von Menschenrechten sind daher höchst aktuelle wie auch zukunftssträchtige Themen, zu deren wissenschaftlicher Aufarbeitung und positiver gesellschaftlicher Umsetzung translationswissenschaftliche Forschung beitragen kann und muss – dazu möchte auch diese Masterarbeit im Rahmen ihrer Möglichkeiten einen Beitrag leisten.